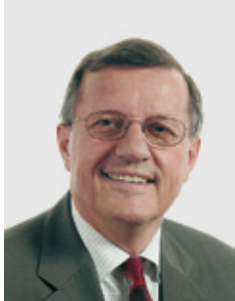


Ansicht

4.11

Wegweisend. Warum die AWO-Werte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit im Alltag immer wieder neu gelebt werden müssen.



Liebe Leserin, lieber Leser

Die Werte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind unumstößliche Grundlagen sozialpolitischen Handelns innerhalb der AWO. Die AWO muss sich als Anbieterin sozialer Dienste – bei allen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen – an diese Werte binden und in der Alltagspraxis daran messen lassen. Die große AWO-Persönlichkeit Lotte Lemke wies bereits 1959 auf die Bedeutung dieses Zusammenhangs hin. Ihr zufolge werde die innere Kraft »unserer Gemeinschaft immer nur so stark sein wie die menschliche Haltung und soziale Gesinnung derjenigen, die mit uns und bei uns arbeiten, also in erster Linie der ehrenamtlichen und beruflichen Mitarbeiter. Davon wiederum ist abhängig, wie wir unsere Arbeit erfüllen. Ob wir sie nur so erfüllen, dass uns wegen ihrer sach- und fachgerechten Erledigung kein Vorwurf treffen kann, oder ob noch jenes Besondere hinzukommt, von dem wir möchten, dass es unsere Arbeit auszeichnet.« Für Lotte Lemke war das Besondere, »dass die Prinzipien der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität immer unsere Arbeit auszeichnen, unser Wollen und Streben bestimmen sollen.«

Wenn die AWO Dienstleistungen mit hoher Qualität anbietet, kann sie dies ohne angemessen entlohnte Arbeitsplätze nicht glaubwürdig tun. Oftmals sind die Einrichtungen und Dienste der AWO einem wachsenden Kosten- und Preisdruck ausgesetzt. Es bedarf vielfach einer immer größeren Anstrengung, die eigene Arbeit zu refinanzieren. Diesen Herausforderungen muss sich der Verband aber stellen, ohne dabei seine eigenen Ideale aus den Augen zu verlieren.

Die AWO trägt als Verband der Freien Wohlfahrtspflege eine hohe Verantwortung. Die Wertebindung der AWO muss sich in ihrem täglichen Handeln widerspiegeln. Der aktuelle Themenschwerpunkt diskutiert diese Aspekte und bietet darüber hinaus Denkanstöße zu Fragen demokratischer Grundwerte an sich. Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre.

Ihr Wilhelm Schmidt
Präsident AWO Bundesverband e.V.

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e.V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32559
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Mona Finder
Berit Gründler · Peter Kuleba (v.i.S.d.P.)
Wolfgang Stadler

Redaktionelle Mitarbeit Barbara Dieckmann

Konzept und Gestaltung Stephanie Roderer,
München · www.stephanie-roderer.de

Fotografie Titel und S. 10 Stephanie Roderer,
S. 3, 15 AWO Bundesverband · S. 4 J.H. Darchinger/
Friedrich-Ebert-Stiftung · S. 5 privat · S. 7 picture
alliance / Newscom / Maryam Rahmadian
S. 17, 19, Stephanie Pilick · S. 20 privat · S. 21 AWO
Landesverband Hamburg e.V. · S. 22 Universität
Frankfurt/M.

Anzeigen NetworkMedia GmbH

Stresemannstraße 30 · 10963 Berlin
Tel 030/25594-160

Druck ulenspiegel druck gmbh, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umwelt-
management nach EMAS D-155-00126

Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit – GFA-COC-001787

Es gilt jeweils die männliche bzw. weib-
liche Schreibform für beide Geschlechter.



geprüftes
Umweltmanagement
D-155-00126



Wussten Sie, ...

... dass sich eine prägende AWO-Persönlichkeit im Parlamentarischen Rat erfolgreich für die Verankerung der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz (Art. 3 GG) eingesetzt hat?



Friederike »Frieda« Nadig (SPD) war eine der vier Mütter des Grundgesetzes. Nadig amtierte von 1945 bis 1962 als Geschäftsführerin der AWO im Bezirk Ostwestfalen. Von 1949 bis 1961 war sie SPD-Bundestagsabgeordnete.

Unsere Forderungen

Rassismus muss entschieden bekämpft werden.

Rechtsextreme Einstellungsmuster sind nicht mehr nur an den Rändern der Gesellschaft vorzufinden, sondern bis weit in die Mitte vorgedrungen. Wenn die demokratischen Grundlagen nicht noch weiter erschüttert werden sollen:

- ist eine **gesamtgesellschaftliche Debatte** um Vorurteile und rechte Einstellungsmuster in der Bevölkerung notwendig;
- muss endlich die **antirassistische Aufklärungs- und Bildungsarbeit** mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden;
- muss die **zivilgesellschaftliche Arbeit** vor Ort gegen Rechtsextremismus entsprechende Anerkennung erfahren, um die sinnvolle Arbeit weiter zu leisten.

ARBEIT

Mindestlohn jetzt!

Die AWO appelliert an alle politisch Verantwortlichen, nun endlich eine allgemeine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro gesetzlich festzulegen. Ein Mindestlohn sichert Menschen eine existenzsichernde Bezahlung und er hilft, sowohl Altersarmut als auch Lohndumping zu vermeiden. Anstatt Armutslohne zu subventionieren, muss die Politik die Schaffung von regulären, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen unterstützen und den Niedriglohnbereich stärker begrenzen. Auch vor dem Hintergrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die die AWO grundsätzlich begrüßt, muss zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort gelten. Deshalb müssen alle Branchen in das Arbeitnehmerentendengesetz aufgenommen und ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.

Ansprechpartnerin Antje Helbig
Tel 030 / 26309404 · Mail antje.helbig@awo.org

VERBANDSINFORMATION

Aktionsbündnis Seelische Gesundheit

Der AWO Bundesverband ist offizielles Mitglied des Aktionsbündnisses Seelische Gesundheit. Das Aktionsbündnis ist eine Initiative zur Förderung der seelischen Gesundheit. An dem bundesweiten Netzwerk beteiligen sich über 50 Bündnispartner, darunter Experten der Psychiatrie und Gesundheitsförderung, Verbände und Organisationen, Betroffene und ihre Angehörigen. Die stark wachsende Zahl psychischer Erkrankungen – hier vor allem die depressiven Erkrankungen – sowie die Stigmatisierung und Ausgrenzung psychisch kranker Menschen sind die Gründe für die Mitgliedschaft in dem Aktionsbündnis. Ziel des Bündnisses ist es vorrangig, die Belange von Menschen mit psychischen Erkrankungen und deren Angehörigen zu vertreten. Zur Durchsetzung dieser Ziele organisiert und fördert das Aktionsbündnis Kampagnen und Veranstaltungen bundesweit und vertritt die Interessen der Betroffenen auf bundespolitischer Ebene. Die Schirmherrschaft für das Bündnis hat Bundesgesundheitsministerin a.D. Ulla Schmidt inne.

Ansprechpartnerin Anja Ludwig
Tel 030 / 26309160 · Mail anja.ludwig@awo.org




Weihnachtsmarken 2011

Die Weihnachtsmarken 2011 zeigen zwei Heilige, die die weihnachtliche Tradition des Teilens und Schenkens symbolisieren und heute die Vorboten des Christfestes sind: St. Martin und St. Nikolaus. St. Martin steht für den mantelteilenden Offizier und Bischof aus dem 4. Jahrhundert wie für den Reformator Martin Luther. Nikolaus gilt als himmlischer Kinderfreund und Gabenbringer. Seit dem 8. Jahrhundert feiert man das Fest des Schutzherren Russlands und Lothringens, Amsterdams und New Yorks am 6. Dezember.

St. Martin wird während der »Mantelteilung« dargestellt. Es ist die Schlüsselszene seines Bekenntnisses zum christlichen Glauben. Die Tat Martins wird zum Symbol der Nächstenliebe.

St. Nikolaus ist der Gabenbringer. Mit der Beschenkung geht der Segen, mit dem Heil das ewige Leben einher.

 **Ansprechpartnerin** Katrin Stahmann
Tel 030 / 26309405 • Mail werbung@awo.org



VERBANDSINFORMATION

AWO zieht erste Bilanz zum Freiwilligendienst

Nach einem etwas holprigen und schleppenden Start ist der Bundesfreiwilligendienst (BFD) mittlerweile ein Erfolg. Über 100 Tage nach Einführung des neuen Dienstes hat eine verbandsinterne Auswertung ergeben, dass der BFD besonders gut bei der Gruppe der unter 27-Jährigen und bei jungen Männern ankommt. Momentan erhält die AWO immer noch mehr Bewerbungen für das bereits bekannte und etablierte Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) als für den BFD. Der BFD wird sich als zusätzlicher Freiwilligendienst aber auf Dauer durchsetzen können. Für die weitere Entwicklung der Freiwilligendienste sind vor allem verlässliche politische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie gleiche Anerkennungskriterien wie im FSJ wichtig. Hier ist auf jeden Fall eine Nachbesserung notwendig.

Die AWO startete bereits im April 2011 die bundesweite Kampagne »freiwillig«, mit der sie junge Menschen über die Freiwilligendienste FSJ und BFD informieren und zur Teilnahme motivieren wollte. Unter www.awo-freiwillig.de steht Interessierten eine Online-Datenbank zur Verfügung, die sowohl eine Übersicht über die freien Plätze als auch Gelegenheit zur grundsätzlichen Information über die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten und zudem direkten Kontakt zum entsprechenden Ansprechpartner der Einsatzstelle oder des Trägers bietet.

Die »freiwillig«-Kampagne wird unterstützt von VIVA und der Glücksspirale.

 **Ansprechpartnerin** Tina Stampfl
Tel 030 / 26309417 • Mail tina.stampfl@awo.org

 **Weitere Informationen** www.awo-freiwillig.de

Unsere Besten

Heiko Klanke vom AWO Kreisverband Unna wurde kürzlich die AWO-Verdienstmedaille verliehen. Der 37-jährige Lehrer ist seit über 18 Jahren ehrenamtlich für die AWO in Unna tätig. Während dieser Zeit hat er zahlreiche Kinder- und Jugendfreizeiten organisiert und durchgeführt. 2006 gründete er den Förderverein »Kinder brauchen Erholung e.V.«. Als Vereinsvorsitzender sammelt er jährlich Spendenbeiträge, um diese bedürftigen Familien für Ferienfreizeiten zukommen zu lassen. Seit 2008 ist Klanke Beisitzer im Vorstand des AWO Kreisverbandes Unna und unterstützt die Verbandsarbeit mit seinen Ideen und Initiativen.

Mit der AWO-Verdienstmedaille werden Persönlichkeiten geehrt, die in ihrem Verbandsbereich maßgeblich mitgearbeitet und sich verdient gemacht haben am Auf- und Ausbau der Arbeiterwohlfahrt und an der Durchführung sozialer Aufgaben.





MIGRATION

AWO unterstützte »Gastarbeiter« von Anfang an

Das Anwerbeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit der Türkei vom 30. Oktober 1961 löste einen dynamischen Gesellschaftsprozess aus. Die Bundesrepublik transformierte sich damit von einem engen Nationalstaat zu einer Einwanderungsgesellschaft. Die AWO hat bereits im Juli 1962 den ersten türkischen Sozialberater eingestellt und das erste »Türk Danış-Büro« eröffnet. Von diesem Zeitpunkt an war die AWO der sogenannte zuständige Betreuungsverband für türkische Staatsangehörige. Aber auch nach 50 Jahren bleibt noch viel zu tun.

Drei Aspekte sind für die AWO wichtig:

- Voraussetzungslose doppelte Staatsangehörigkeit für alle diejenigen, die seit der Anwerbung 1961 bis zum Anwerbestopp 1973 in die Bundesrepublik einreisten. Dies wäre eine tatsächliche rechtliche Würdigung der Lebensleistung dieser vormaligen »Gastarbeiter«.
- Streichung der Optionspflicht und Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit für in Deutschland geborene Kinder und Jugendliche.
- Volle rechtliche Umsetzung des Rechtsrahmens, wie er sich aus dem Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Republik Türkei ergibt. Nach dessen Vorgaben sind viele rechtliche Regelungen des aktuellen Zuwanderungsgesetzes auf türkische Staatsangehörige nicht anwendbar. Dazu gehören die Visumspflicht, der Familiennachzug und die Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen.

Ansprechpartner Wolfgang Barth
Tel 030 / 26309249 • Mail wolfgang.barth@awo.org

PFLEGE

Viel Lärm um wenig

Eine wirkliche Pflegereform gibt es wieder nicht. Es fehlt ein Gesamtkonzept. Viele Fragen bleiben nach den kürzlich präsentierten Eckpunkten durch die Bundesregierung weiter unbeantwortet. Seit Jahren etwa liegen die notwendigen Erkenntnisse zur Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffes auf dem Tisch. Nun wird die Umsetzung bis auf das Ende der Legislaturperiode verschoben. Hätte das Bundesministerium für Gesundheit den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff schon umgesetzt, müssten die Verantwortlichen jetzt in den Eckpunkten nicht über kurzfristig verbesserte Leistungen für Demenzzranke fabulieren.

An dieser Stelle wird die Konzeptlosigkeit der Regierungskoalition besonders deutlich: Demenzzranke sollen kurzfristig verbesserte Leistungen erhalten, die sie auch erhalten würden, wenn die Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffes schon umgesetzt wäre. Einzig in Fragen der Beitragserhöhung und der privaten Zusatzvorsorge wurde der Bundesgesundheitsminister konkreter. Eine private Zusatzversicherung einzuführen, ist aber keine Lösung, denn ein privatwirtschaftlicher Kapitalstock ist keine sichere Anlage für das Geld der Versicherten. Abgesehen davon würden die Kosten für eine individuelle Police gemessen am Einkommen für die Geringverdiener am höchsten liegen.

Ansprechpartnerin Anja Ludwig
Tel 030 / 26309160 • Mail anja.ludwig@awo.org

Unsere Erfolge

»Aus der Geschichte lernen, um zukunftsfähig zu bleiben« lautet das Ziel der Historischen Kommission, die das AWO Präsidium 2010 eingesetzt hat. Zur 1. Historischen Konferenz kamen in diesem Zusammenhang kürzlich zahlreiche Interessierte in Berlin zusammen. Die Konferenz war ein Auftakt zur systematischen Aufbereitung der Verbandshistorie nach Ende des Zweiten Weltkriegs (Wiederaufbau von Staat und AWO, die Entwicklung zum Sozialstaat, Teilung Ost-West) bis Anfang der 1990er Jahre. Dabei standen folgende Fragen im Mittelpunkt der Diskussion:

- Wie haben sich in diesen Jahrzehnten die Unternehmensstruktur und die Programmatik der AWO entwickelt?
- Wie hat sich das Verhältnis zwischen AWO und ihrer »Gründungsmutter« SPD entwickelt?
- Welche Rolle spielte die Werteorientierung im Verband?



Helfen Sie!

AWO International bittet um Spenden für die Menschen in der Türkei.

SPENDENKONTO


AWO International
Konto-Nr. 10 11 12
BFS 100 205 00

AWO INTERNATIONAL

Wiederaufbau in der Türkei

Am 23. Oktober 2011 hat ein schweres Erdbeben der Stärke 7,2 große Teile der Provinz Van im Osten der Türkei zerstört. Mehr als tausend Menschen sind verletzt. Dutzende Häuser sind eingestürzt, unzählige Gebäude schwer beschädigt. Die türkische Erdbebenwarte rechnet mit 700 bis 1.000 Todesopfern.

Wie bereits nach dem heftigen Erdbeben in der Türkei im Jahre 1999 wird die AWO auch nach dieser Katastrophe den Wiederaufbau in der betroffenen Region unterstützen. AWO International sondiert zurzeit mit dem AWO Bundesverband mögliche Aufbauprojekte in der Provinz Van.

 **Ansprechpartnerin** Ingrid Lebherz
Tel 030 / 25292772 · **Mail** ingrid.lebherz@awointernational.de

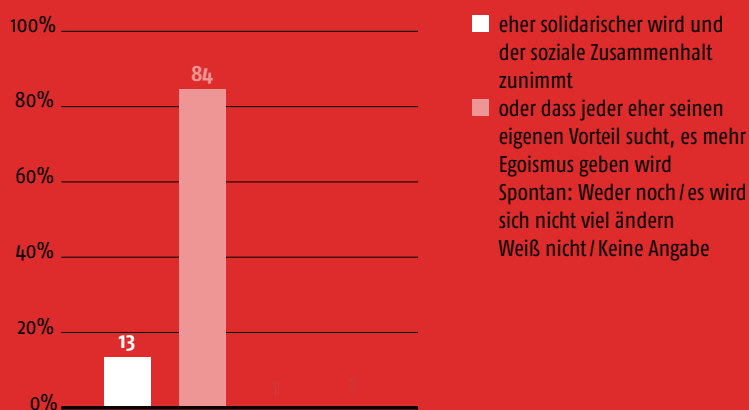
Deutschland ist gespalten

Entgegen allen verharmlosenden Sonntagsreden bleibt festzuhalten, dass Deutschland auch über 20 Jahre nach dem Fall der Mauer noch in Ost und West gespalten ist. Zugespielt ließe sich sagen: Die ostdeutsche Gesellschaft fühlt sich von Konflikten bedrohter und ungerechter behandelt. Ein wesentlicher Grund dafür ist auch die höhere Armutsgefährdung im Osten, die zum Ungerechtigkeitsempfinden und zur Verunsicherung beiträgt. Auffällig ist mit Blick auf die Konfliktwahrnehmung der hohe Wert (76% West; 79% Ost) in der Frage Arm/Reich. Die politisch Verantwortlichen müssen Maßnahmen einleiten, um das wachsende Ungerechtigkeitsempfinden zu minimieren und den Konfliktherd zwischen Arm und Reich zurückzuführen. Wichtig wäre die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns

von 8,50 Euro. Dies würde eine existenzsichernde Bezahlung gewährleisten, Lohndumping ausschließen und Armutsgefährdung vermeiden. Ebenso bedeutsam ist ein gerechtes Steuersystem. Ein höherer Steuersatz sorgt nicht nur für mehr Steuereinnahmen, sondern auch für mehr soziale Gerechtigkeit und damit einen stärkeren Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Ständige Ausgabenkürzungen im Sozialbereich müssen ein Ende haben. Davon sind vor allem jene getroffen, die kaum wissen, wie sie ihren Alltag menschenwürdig gestalten sollen. Ebenso muss es – darauf kann nicht oft genug verwiesen werden – Chancengerechtigkeit in der Bildung von Anfang an geben. Gelingt all dies nicht, kann es mittelfristig zu einer Erosion des demokratischen und sozialen Miteinanders kommen.

AWO SOZIALBAROMETER

Wenn Sie einmal an die kommenden fünf Jahre denken: Glauben Sie, dass die deutsche Gesellschaft ...

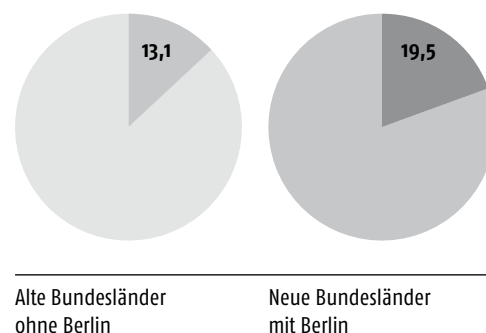


Quelle: AWO Sozialbarometer 11/2011

Das AWO Sozialbarometer fragt monatlich nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Es erfolgt in Kooperation mit dem Institut TNS Infratest.

🌐 Weitere Informationen www.awo-sozialbarometer.org

Armutsgefährdungsquote¹ 2008



1 Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird – entsprechend dem EU-Standard – definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Letzte Änderung: 20.08.2010

2 Konfliktwahrnehmung

Datenreport 2011, Bonn, S. 383.

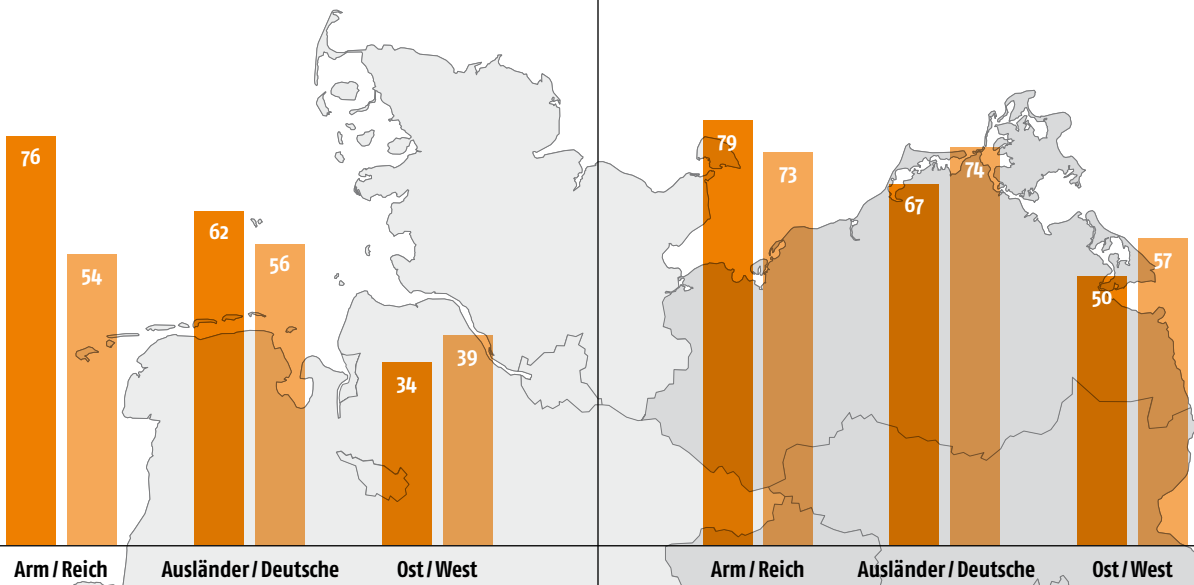
3 Gerechtigkeitsbewertung

Mit Blick auf eine Gerechtigkeitsbewertung des »eigenen Anteils« am Wohlstand in Deutschland wurde in der Untersuchung Folgendes gefragt: »Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder viel weniger?«
Das vorliegende aufgeführte Schaubild bildet Antworten aus dem Jahre 2008 zu »Sehr viel weniger / etwas weniger als den gerechten Anteil« ab.
Datenreport 2011, Bonn, S. 389.

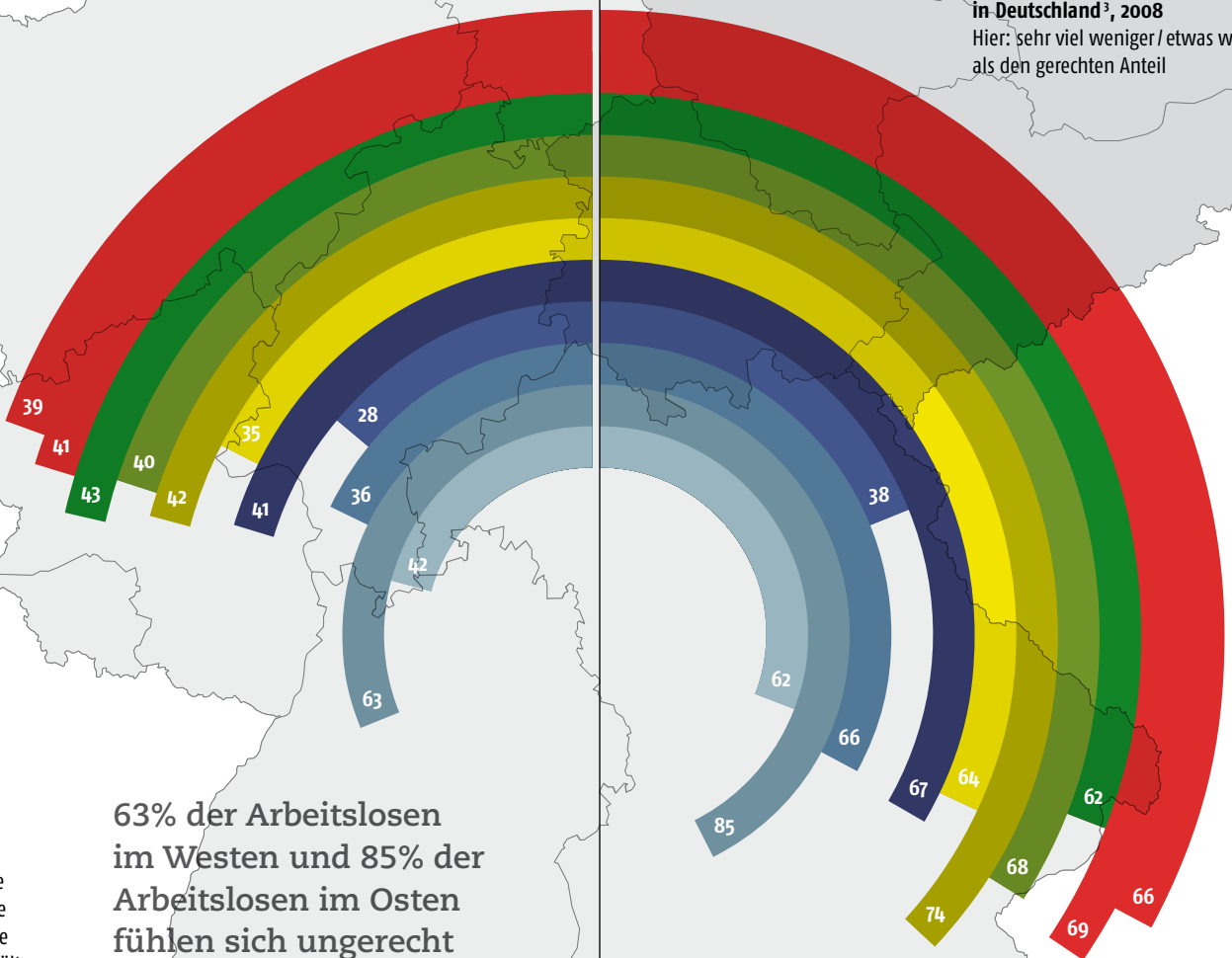
Geteiltes Land

Konfliktherde in der gesellschaftlichen Wahrnehmung²

2010 1998

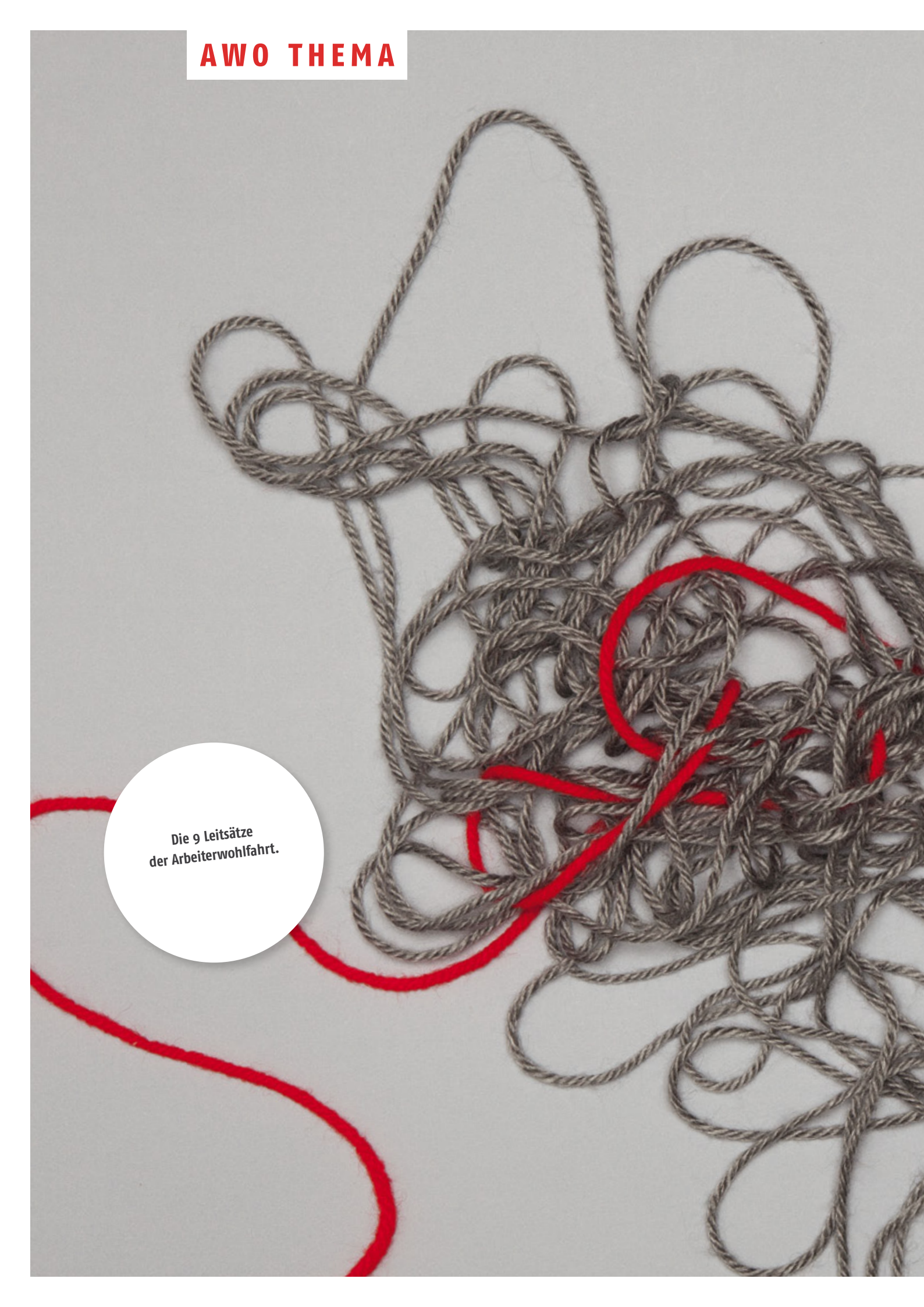


Gerechtigkeitsbewertung des »eigenen Anteils« am Wohlstand in Deutschland³, 2008
Hier: sehr viel weniger / etwas weniger als den gerechten Anteil




63% der Arbeitslosen im Westen und 85% der Arbeitslosen im Osten fühlen sich ungerecht behandelt.

- Männer
- Frauen
- 18 bis 34 Jahre
- 35 bis 49 Jahre
- 50 bis 65 Jahre
- 66 Jahre und älter
- Erwerbstätig
- Schüler/Student
- Rentner
- Arbeitslos
- Hausfrau/-mann

A photograph of a thick, light-brown rope that is heavily tangled and knotted. Several thick, bright red lines are drawn over the rope, some forming loops and others being straight segments. The background is a plain, light gray surface.

Die 9 Leitsätze
der Arbeiterwohlfahrt.

The background of the entire page is a light grey surface. It features several thick, twisted grey ropes. One rope is coiled in the bottom left corner. Another rope runs diagonally from the top left towards the center. A single, vibrant red thread is also present, starting from the top right, looping around a central text box, and extending towards the bottom left where it passes through another text box.

Wir sind ein Mitgliederverband, der für eine sozial gerechte Gesellschaft kämpft und politisch Einfluss nimmt. Dieses Ziel verfolgen wir mit ehrenamtlichem Engagement und professionellen Dienstleistungen.

Werte im Alltag

Die Werte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind der rote Faden für die AWO-Arbeit. Werden diese Werte in der Praxis auch tatsächlich gelebt? Über die Bedeutung von Werten für die AWO und die Gesellschaft insgesamt.

Wir fördern demokratisches und soziales Denken und Handeln. Wir haben gesellschaftliche Visionen.

Wir unterstützen Menschen,
ihr Leben eigenständig und
verantwortlich zu gestalten,
und fördern alternative
Lebenskonzepte.

Werte leben!

Wenn die AWO ihre Glaubwürdigkeit und Berechtigung als Verband der Freien Wohlfahrtspflege nicht einbüßen möchte, muss sie auch im Umgang mit den eigenen Angestellten, den Kunden und in ihrer anwaltschaftlichen Funktion nach ihren Grundwerten handeln. Werte leben ist mehr als nur pragmatisch handeln.

Autor Wolfgang Stadler

In kaum einer Rede von Verbandsvertretern fehlt – im Übrigen völlig zu Recht – der Hinweis auf die Unumstößlichkeit der AWO-Grundwerte von Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Ein solcher Verweis droht allerdings dann unglaublich zu werden, wenn diese Werte im Alltag nicht gelebt werden.

Gute Arbeit geleistet

Kein Zweifel, in vielen Teilen hat die AWO in den vergangenen 20 bis 30 Jahren mit Erfolg auf dem Markt der Sozialwirtschaft gewirkt. Ziel war es, gute Dienstleistungen anzubieten. Dies ist gelungen. Die Angebote der AWO zeichnen sich durch ihre hohe Qualität, Fachlichkeit und ihren

»Die Angebote der AWO zeichnen sich durch ihre hohe Qualität, Fachlichkeit und ihren interkulturellen Anspruch aus.«

interkulturellen Anspruch aus. Das Selbstverständnis der AWO als Verband, der Engagierte in die Soziale Arbeit einbezieht, ist wesentlich für die Angebote vor Ort. Auch die selbstlose Reinvestition der Mittel für die Allgemeinheit ist und bleibt Kernmerkmal der AWO als gemeinnütziger Verband.

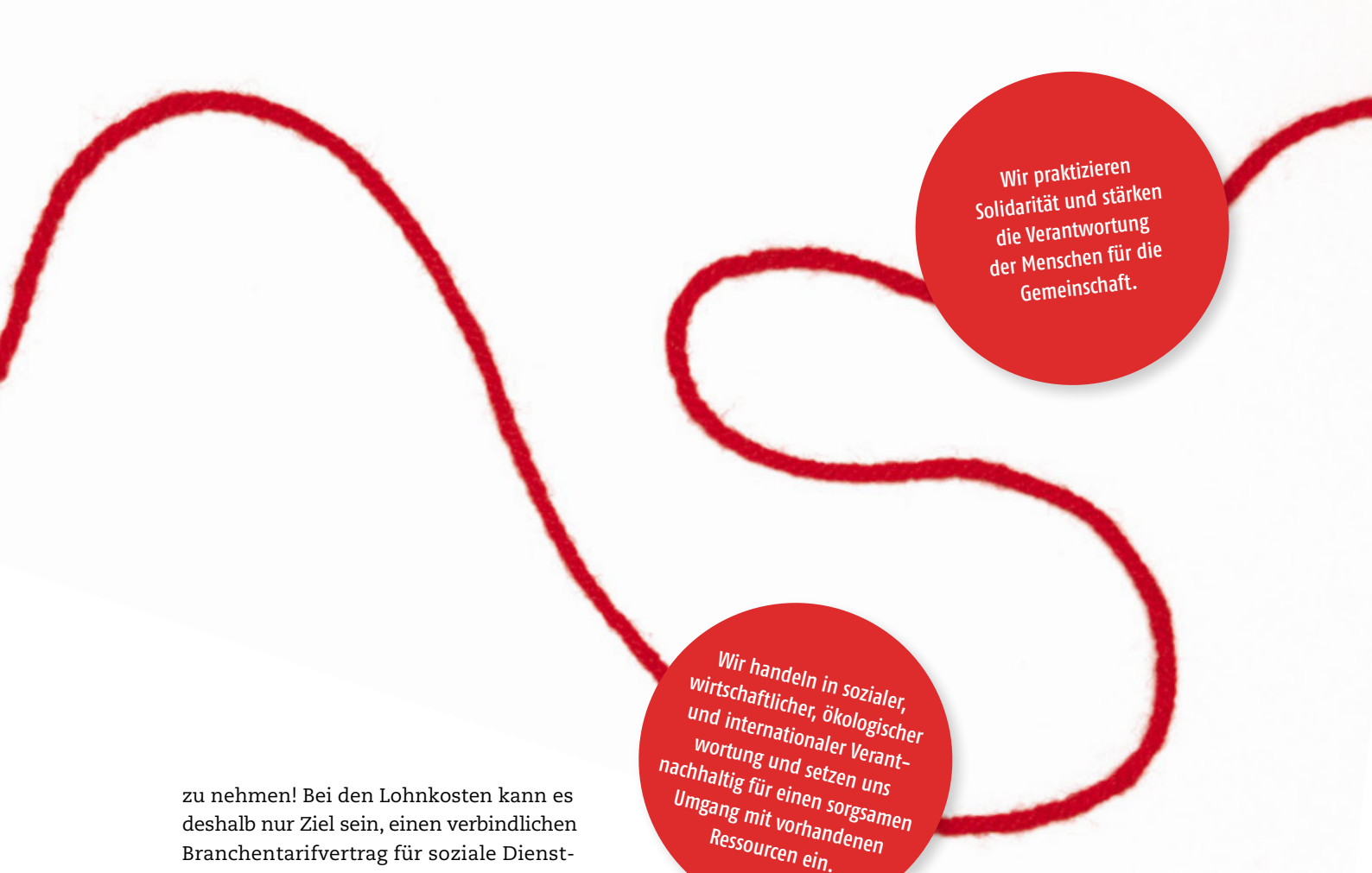
Von interessierter politischer Seite wurde seit Einführung der Pflegeversicherung Mitte der 1990er Jahre in allen Feldern der Sozialen Arbeit auf Regulierung durch »den Markt« gesetzt. Man hat die harte Konkurrenz zwischen verschiedenen Anbietern gewollt und durch entsprechende

Deckelungen in der Finanzierung und rigide Ausschreibungspolitik gefördert. Im Zuge dieser immer ruinöseren Konkurrenz um Angebote und Dienstleistungen sahen sich auch AWO-Anbieter gezwungen, vor allem an Lohnkosten zu sparen. So wurden in einigen Arbeitsfeldern Verhältnisse geschaffen, die vor dem geschichtlichen Hintergrund der AWO als »Kind der Arbeiterbewegung« mit den AWO-Werten nur noch sehr schwer zu vereinbaren sind.

»Nein« sagen können

Natürlich sind auch die AWO-Dienstleistungen der Konkurrenz ausgesetzt. Den harten Preiswettbewerb auf dem Sozialmarkt wird die AWO jedoch über eine massive Kürzung der Personalkosten nicht gewinnen können. Entscheidend ist vielmehr, ob die AWO als wertegebundener Verband mit ihren Unternehmen alle Entwicklungen auf dem Markt der Anbieter mitmacht oder nicht. Die Antwort kann eigentlich nur lauten: nein.

Werteorientiert handeln ist eben kein rein pragmatisches Vorgehen, sondern vielmehr auch das Eingeständnis, etwas nicht zu machen; selbstbewusst zu sagen: »Dann machen es halt andere, wenn es mit den Grundüberzeugungen, für die die AWO eintritt, nicht vereinbar ist.« Und zu den Grundüberzeugungen und dem Selbstverständnis der AWO gehört, dass ein Wettbewerb um die Löhne nicht gewollt ist. Die AWO kann und darf sich nicht auf alle Marktpflogenheiten einlassen. Nur so kann sie ein seriöser, glaubwürdiger Arbeitgeber sein und bleiben. Anspruch muss es vielmehr sein, den Wert der Sozialen Arbeit wieder deutlicher ins Blickfeld



Wir praktizieren
Solidarität und stärken
die Verantwortung
der Menschen für die
Gemeinschaft.

Wir handeln in sozialer,
wirtschaftlicher, ökologischer
und internationaler Verant-
wortung und setzen uns
nachhaltig für einen sorgsamen
Umgang mit vorhandenen
Ressourcen ein.

zu nehmen! Bei den Lohnkosten kann es deshalb nur Ziel sein, einen verbindlichen Branchentarifvertrag für soziale Dienstleistungen abzuschließen, der alle Arbeitsfelder, in denen die AWO und andere Verbände der Freien Wohlfahrtspflege tätig sind, umfasst. So wird es gelingen, die Lohnabwärtsspirale zu stoppen, und den Angestellten käme jene Anerkennung zuteil, die sie für ihre tagtägliche Arbeit verdienen.

In seinem wegweisenden Urteil zu den Hartz-IV-Regelsätzen aus dem vergangenen Jahr hat das Bundesverfassungsgericht explizit den Zusammenhang zwischen Menschenwürde und Sozialstaat hergestellt. In Teilen der Politik und der medialen Öffentlichkeit wurden die betroffenen Hartz-IV-Empfänger insofern diffamiert, als ihnen – überspitzt gesagt – Lust an der sozialen Hängematte unterstellt wurde. Die AWO muss in diesen Debatten wieder hörbar eine Stimme für die Betroffenen erheben. Die AWO kann aber nur dann glaubwürdig an der Seite der von Existenznot betroffenen Menschen stehen, wenn der Verband selbst eine innere Glaubwürdigkeit besitzt; wenn die eigenen Werte auch und vor allem in den Einrichtungen und Diensten gelebt werden – vom Haupt- wie vom Ehrenamt!

Glaubwürdige Stimme sein

Die AWO ist dann zukunftstauglich, wenn ihre Unternehmen und Dienstleistungen eine erkennbar gemeinwohlpolitische Orientierung verkörpern. Sie kann dann eine Diskussion über die Zukunft des Sozialstaats glaubwürdig und offensiv führen,

»Werteorientiert handeln ist eben kein rein pragmatisches Vorgehen, sondern vielmehr auch das Eingeständnis, etwas nicht zu machen.«

wenn ihre inhaltlichen Positionen sich für alle erkennbar aus den Grundwerten ableiten lassen und gelebt werden. Eine solche Diskussion ist etwa mit Blick auf die noch unüberschaubaren Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise vonnöten. Klar sollte hier sein, dass die anfallenden Kosten gerecht verteilt werden müssen und dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinandergehen darf, wenn nicht mittelfristig das Vertrauen in die demokratischen (und AWO-)Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit noch weiter zurückgehen soll. ♥

 **Ansprechpartner** Wolfgang Stadler
Tel 030 / 26309208 • **Mail** vorsitzender@awo.org

Lotte Lemke Unsere Arbeit im Blick auf die Notwendigkeit unserer Zeit

Kaum jemand hat den Weg der AWO so geprägt wie die ehemalige Bundesvorsitzende (1965–1971) und Bundesgeschäftsführerin (1949–1966) Lotte Lemke. Auf der AWO-Reichskonferenz 1959 in Wiesbaden machte sie Ausführungen zum Selbstverständnis der AWO in ihrer Arbeit als Wohlfahrtsverband, die bis heute nichts von ihrer Aktualität und Bedeutung eingebüßt haben. Nachfolgend ein paar Auszüge aus dem Geschäftsbericht.

Zwei Überlegungen stehen im Mittelpunkt meiner Betrachtungen: Einmal die Frage nach der inneren und äußeren Entwicklung unserer Gemeinschaft, nach ihrer Ausstrahlung und Wirkung auf unsere Helfer, Mitglieder und Mitarbeiter, die alle zusammen die soziale Gemeinschaft Arbeiterwohlfahrt bilden; und zum anderen die Frage nach der Art der Aufgaben, die wir künftig bevorzugt wählen wollen, und wie wir die besten Voraussetzungen für ihre Erfüllung schaffen können. Beide Fragen sind eng miteinander verknüpft. Die innere Kraft unserer Gemeinschaft wird immer nur so stark sein wie die menschliche Haltung und soziale Gesinnung derjenigen, die mit uns und bei uns arbeiten, also in erster Linie der ehrenamtlichen und beruflichen Mitarbeiter.

Davon wiederum ist es abhängig, wie wir unsere Arbeit erfüllen. Ob wir sie nur so erfüllen, dass uns wegen ihrer sach- und fachgerechten Erledigung kein Vorwurf gemacht werden kann, oder ob noch jenes Besondere hinzukommt, von dem wir möchten, dass es unsere Arbeit auszeichnet.

Die Frage, worin dieses Besondere besteht und wie wir es durch all unser Tun sichtbar werden lassen können, sollte uns immer bewegen. In unseren neu formulierten Richtlinien nennen wir es die humanitären und ethischen Grundlagen des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus.

»Ich glaube, der beste Weg zu einer Gemeinschaft ist die praktisch erlebte Zusammenarbeit.«

Damit ist gesagt, dass die Prinzipien der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität immer unsere Arbeit auszeichnen, unser Wollen und Streben bestimmen sollen. Für eine Gemeinschaft, die wie die Arbeiterwohlfahrt Menschen verschiedener Konfessionen zu ihren Mitarbeitern und zum Kreise der Betreuten zählt, ist Toleranz ein Wesenselement, und ich glaube, dass es gut ist, dass die vollzogene Entwicklung sich nun auch sprachlich in unseren Richtlinien ausdrückt.

Einen Wohlfahrtsverband stelle ich mir immer als einen Organismus vor, dessen Wachstum zugleich nach außen wie nach innen gehen muss. Unsere Zeit hat die Tendenz, alles zu organisieren und zu institutionalisieren. Auch ein Wohlfahrtsverband ist dabei gefährdet, wenn er nicht eine Gemeinschaft ist, die Menschen der gleichen Gesinnung und im Streben nach den gleichen Idealen verbindet.

Gemeinschaft bildet sich aber immer am stärksten da, wo gemeinsam an einer Aufgabe gearbeitet wird, an der jeder nach seinen Kräften teilhaben kann und wo die Fähigkeiten jedes Einzelnen zur Geltung kommen können. Arbeit auftei-

Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität für alle an.



Prägte den Weg der AWO
im Haupt- und Ehrenamt
über mehr als zwei Jahr-
zehnte: **Lotte Lemke.**

len, Verantwortung verteilen, d.h. in Helfergruppen arbeiten, sei es, um die Inangriffnahme einer Aufgabe vorzubereiten oder sie praktisch durchzuführen, sei es, um soziale Probleme zu beraten oder um in einem Einzelfall nach den besten Möglichkeiten für eine wirksame Hilfe zu suchen – das alles ist geeignet, Fähigkeiten zu wecken, Lust und Liebe und Interesse an der Mitarbeit zu entwickeln.

Ich glaube, dass der beste Weg zu einer Gemeinschaft die praktisch erlebte

**»Ein Wohlfahrtsverband
ist gefährdet, wenn er nicht
eine Gemeinschaft ist.«**

Zusammenarbeit ist. Denn die gemeinsamen Bemühungen, die Hoffnungen und die Enttäuschungen, die miteinander geteilt werden, der gemeinsam erlebte

Erfolg z.B. bei der Stadtranderholung, in der Nähstubenarbeit, in der Nachbarschaftshilfe, in der Hauspflege, auf

welchem unserer vielen Arbeitsgebiete auch immer, das alles schafft Gemeinschaft und verbindet. Und dieses Erlebnis stärkt den Einzelnen, und je mehr einzelne Helfer und Mitglieder solche positiven Erfahrungen bei uns gewinnen, umso stärker und lebendiger wird das

Leben in unseren Gruppen, umso fruchtbarer wird unsere Arbeit werden. Deshalb sollten wir auf alles, was die innere, die geistige Lebendigkeit unserer Gemeinschaft, was die Beziehung des Einzelnen zu uns stärken und vertiefen kann, genauso viel Aufmerksamkeit, Zeit, Kraft und Phantasie verwenden wie auf die Bewältigung der praktischen Aufgaben.

Denn diese bleiben uns; aber wir werden sie umso besser erfüllen können, je bewusster jeder Einzelne die Grundsätze und die Gesinnung vertritt, die unsere Arbeit trägt und sie auszeichnen soll. ♥

Bildung ist ein Menschenrecht!

Am Rande der Verleihung des Heinrich-Albertz-Friedenspreises im November dieses Jahres hatte die AWO Ansicht Gelegenheit, mit der Preisträgerin Jutta Limbach ein Gespräch über demokratische Grundwerte, die Bedeutung von Bildung und die Zukunft der AWO zu führen.

Interview Peter KuleBa

Hans-Jochen Vogel hat im Rahmen der Preisverleihung zum Heinrich-Albertz-Friedenspreis von der Besonderheit des Grundgesetzes gesprochen, die eben darin bestünde, dass der Text auch eine Werteordnung umfasst und beinhaltet. Was ist damit genau gemeint?

LIMBACH Damit ist gemeint, dass die Grundrechte unseres Grundgesetzes nicht nur als Abwehrrechte des Bürgers gegen staatliche Eingriffe zu verstehen seien. Vielmehr sei der Grundrechtskatalog zugleich als eine objektive Werteordnung zu begreifen, die in alle Gebiete des Rechts ausstrahle. Auch das Privatrecht sei im Lichte der Grundrechte auszulegen. Auf diese Weise können die Grundrechte auch das Rechtsverhältnis von Bürgern untereinander beeinflussen. Durch diese Rechtsprechung wurde die Geltungskraft der Grundrechte sehr verstärkt. Das Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen in Artikel 1 des Grundgesetzes hatte nicht nur großen Einfluss darauf, wie das Strafvollstreckungsrecht anzuwenden sei. Dieser oberste Leitwert unserer Verfassung hat mit dazu beigetragen, dass der Gedanke der Sozialhilfe entwickelt und schließlich das Sozialgesetzbuch geschaffen wurde.

»... dass jeder so handle, als hinge von seinem Handeln das Wohl aller ab«, hat Heinrich Albertz einmal gesagt. Was ist aber, wenn jemand mit den eigenen Lebensumständen kämpft und diese es nicht zulassen, sich um jemand anderen zu kümmern?

LIMBACH Ja, dann hat die Politik einen aktiven Staatsbürger verloren. Wir wissen nur zu gut – und das hat auch die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt Marie Juchacz klar gesehen: Die Freiheitsrechte und die sozialen Teilhaberechte bedingen einander wechselseitig. Wer kein Obdach hat und von Hunger geplagt wird, der wird seine staatsbürgerlichen Freiheitsrechte nicht nutzen können.

Das Grundgesetz spricht ja »nur« in Artikel 20: »... die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat« explizit vom Sozialstaat. Sonst ist eigentlich vom Sozialstaat explizit wirklich nicht die Rede, oder?

LIMBACH Das Prinzip des Sozialstaats begegnet uns im Grundgesetz nur in adjektivischer Form als »sozialer Bundesstaat«, worauf Sie hingewiesen haben, und als »sozialer Rechtsstaat«. Auch die Rechtsgeschichte ist unergiebig. Nur Carlo Schmid widmete diesem Verfassungsgrundsatz wenige Worte, indem er dieses aus dem Demokratieprinzip herleitete. Das Funktionieren der Demokratie hängt – wie bereits dargelegt – auch davon ab, dass die menschenwürdige Existenz der Bürger gesichert ist. Das Bundesverfassungsgericht hat die Sozialstaatsklausel im Allgemeinen zurückhaltend ausgelegt und kaum mehr gesagt, als dass der Staat für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen habe. Das Gericht wurde des Öfteren gescholten, weil es das Sozialstaatsprinzip nie präzise definiert hat. Doch was der Staat leisten kann, hängt ja – wir sehen es in der gegenwärtigen Diskussion – sehr stark davon ab, welche Mittel ihm zur Verfügung stehen, wie es etwa um das wirtschaftliche Wachstum bestellt ist. Und vor allem, so das Bundesverfassungsgericht, sei es Aufgabe des Parlaments, sich um erträgliche Lebensverhältnisse für alle zu bemühen und soziale Gegensätze zum Ausgleich zu bringen.

Angeichts der aktuellen Diskussionen um das Primat »der« Wirtschaft wird von kritischer Seite oftmals angemerkt, dass Fragen der Solidarität nur noch dann gestellt werden, wenn soziale Folgen »ausgebügelt« werden müssen, die durch einen entfesselten Kapitalismus angerichtet wurden. Ist dem so oder würden Sie das weniger dramatisch sehen?

LIMBACH Ich bin nicht sicher, ob ich Ihre Frage recht verstehe. Von der Arbeiterwohlfahrt erwarte ich, dass Fragen der Solidarität zu deren Alltag gehören und dass die AWO diese Geisteshaltung

Wir wahren die
Unabhängigkeit und Eigen-
ständigkeit unseres Verbandes;
wir gewährleisten
Transparenz und Kontrolle
unserer Arbeit.

nicht nur in Zeiten einer Krise pflegt. Die Menschen tadeln zu Recht, dass kaum mehr moralische Regulative in großen Teilen der Wirtschaft wirken, dass es tatsächlich nur noch um den Profit zu gehen scheint. Doch sollten wir von den großen Unternehmen erwarten dürfen, dass sie Fragen der Solidarität im Geiste immer mitdenken. Sicher, der Staat kann und soll keine Moral vorgeben. Aber wir haben uns doch in der Bundesrepublik auf eine soziale Marktwirtschaft in der Einsicht verständigt, dass anders der soziale Friede nicht gesichert werden kann.

In diesem Zusammenhang wird gerne auf den Artikel 14 GG zur Frage des Eigentums (»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen«) verwiesen. Wird das schlicht ignoriert von »der« Wirtschaft? Oder ist es realitätsfern, über diesen Artikel eine Allgemeinwohlverpflichtung einzufordern?

LIMBACH Nein, aus diesem Artikel lässt sich kein konkreter Anspruch gegen das Kapital oder irgendeine Aktiengesellschaft herleiten. Aber die Politik könnte ihre Leistungen davon abhängig machen, dass diesem Prinzip Tribut gezollt wird. Ich bin der Meinung, dass dieser Appell des Grundgesetzes künftig ernster genommen werden muss, sowohl von den Anteilseignern des Kapitals als auch von den Unternehmern und den Managern. Es hat viel zu lange gedauert, bis irgendjemand angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise auf diesen Grundrechtsabsatz des Artikels 14 aufmerksam gemacht hat.

Die weltweite Vernetzung von Märkten in den vergangenen 30, 40 Jahren wird man nicht mehr ändern können. Der Nationalstaat ist dadurch unter

Druck geraten. Aber auch, weil die Sozialleistungen immer noch in den Nationalstaaten geregelt werden. Ist dieser Druck inzwischen so groß, dass der Staat, seine Politik und das nationale Recht nicht mehr stark genug sind, um dagegenzuhalten?

LIMBACH Wenn wir trotz der supranationalen Gebilde wie der Europäischen Union oder der Tendenz zur Globalisierung auch im Politischen wieder mehr national denken, dann liegt es an der schlichten Erkenntnis, dass es nach wie vor der Nationalstaat ist, der als Sozialstaat in die Pflicht genommen werden kann. Wohl schrammt dieser an den Grenzen seines Leistungsvermögens entlang, weil er der Landflucht der zunehmend multinational organisierten Unternehmen nicht mehr Herr werden kann. Gewiss bedürfen auch diese sozialstaatlichen Fragen grenzüberschreitender Antworten, was heißen könnte, zunächst im Rahmen der EU dafür zu sorgen, dass die Menschen in den Mitgliedstaaten ein würdiges Dasein führen können. Die Frage des Wie ist die künftige Kardinalfrage der EU.

Ist hier die Arbeiterwohlfahrt, eventuell im Verbund mit der SPD, gefordert, um auf die zuvor skizzierten Verhältnisse deutlicher hinzuweisen?

LIMBACH Da kann ich nur frei heraus »Ja« sagen. Früher gab es eine engere Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterwohlfahrt, der SPD und sogar den Gewerkschaften. Im Krisenwinter 1930/31 etwa haben seinerzeit die drei Institutionen zusammengewirkt, um die Nöte der Kinder zu lindern. Man hat damals vorzugsweise das Augenmerk auf die Kinder und die Jugendlichen gelegt, weil diese immer die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft sind. Heute würden wir noch die alleinerziehenden Mütter nennen.

Zu Beginn sagten Sie, dass politische Freiheitsrechte und soziale Teilhaberechte einander bedingen. Immer noch sind jedoch die soziale Herkunft und der Migrationshintergrund dafür verantwortlich, wie jemand sein späteres Leben gestalten kann oder auch nicht. Wie können wir diesen Missstand beheben, um weitestgehende Teilhabe zu ermöglichen?

LIMBACH Hier liegt das genuine Handlungsfeld der Arbeiterwohlfahrt. Darauf hat schon Marie Juchacz

Jutta Limbach

geboren 1934, Professorin a.D. am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin. 1989 – 1994 Senatorin für Justiz des Landes Berlin; bis 2002 Richterin und Vizepräsidentin, ab 1994 Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts; 2002 – 2008 ehrenamtliche Präsidentin des Goethe-Instituts; seit 2009 Mitglied und ehrenamtliche Vorsitzende des Medienrats Berlin Brandenburg. Sie ist Inhaberin der Marie-Juchacz-Plakette, der höchsten Auszeichnung der AWO.





Wir sind fachlich kompetent, innovativ, verlässlich und sichern dies durch unsere ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

hingewiesen: Es gehe nicht nur darum, soziale Notstände zu vermeiden oder zu lindern. Vielmehr müsse man durch Erziehungs- und Schulungsarbeit den Kopf der Menschen zu erreichen suchen. Gemeint ist, dass Chancengleichheit durch Bildung zu gewährleisten ist. Hier muss schon in frühen Kindheitstagen an Bildungsmöglichkeiten wie Kindergärten und Vorschulen gedacht werden. Es geht nicht allein um die Kinder der Zugewanderten, sondern um alle diejenigen, die aus bildungsfernen und bedürftigen Verhältnissen stammen.

Die Problembeschreibung ist seit mindestens zwei Jahrzehnten bekannt. Warum wird trotz alledem für die Bildungsfrage immer noch zu wenig Geld bereitgestellt?

LIMBACH Man müsste deutlicher machen, dass das Recht auf Bildung ein Menschenrecht ist, das sich jedem Nützlichkeitsdenken versagt. Aber heute machen Politik und Wirtschaft im Grunde nur wegen des drohenden Mangels an Fachkräften auf Bildungsdefizite aufmerksam. Da sind Arbeiterwohlfahrt und Sozialdemokraten herausgefordert, noch stärker als bisher darauf zu bestehen, dass Bildung ein Menschenrecht ist, das nicht der Wirtschaft dient oder sich sonstigen Nützlichkeitsabwägungen verdankt.

Glauben Sie, dass die beschriebene Dominanz der Ökonomie mittelfristig Auswirkungen auf das Zutrauen der Menschen in politisch Handelnde hat?

LIMBACH Schon heute zweifeln die Menschen am Primat der Politik und ihrer Leistungsfähigkeit.

Dann ist schon jetzt ein Demokratieverdross festzustellen?

LIMBACH In der Tat. Die Hoffnung schwindet zusehends, dass sich in der Demokratie die gegenwärtigen Probleme lösen lassen. So manch einer glaubt,

dass sich diese Staatsform erschöpft habe und wir zu autoritären Staatsformen Zuflucht nehmen müssen. Wir sollten den Bürgern ehrlich sagen, dass die Demokratie tatsächlich ein riskantes und offenes Projekt ist und es jetzt auf unser aller Fähigkeit ankommt, diese Staatsform weiterzuentwickeln. Gegenwärtig glauben viele, die direkte Demokratie sei die Lösung. Meines Erachtens ist das nur begrenzt der Fall. Ich bin zwar der Meinung, dass die Bürger viel häufiger die Möglichkeit erhalten sollten, zu sagen, was sie denken und meinen. Aber letztlich sollten die gewählten Politiker entscheiden; denn diese vermögen weit mehr als andere zwischen dem zu unterscheiden, was das Privatgeschöpf interessiert und was im Sinne des Gemeinwohls vorzugswürdig ist. Ich schätze das repräsentative System über alles. Aber überlegt werden muss in der Tat, wie sich eine Brücke von den Bürgern zum Parlament bauen lässt und mit welchen Verfahren die Bürger das Parlament herausfordern können.

In den Debatten um parlamentarische oder direkte Demokratie wird immer auf die Potenziale der Zivilgesellschaft hingewiesen und zugleich erwartet, dass aus der Zivilgesellschaft mehr kommen müsse. Was könnte damit gemeint sein?

LIMBACH Ich meine, dass gerade in letzter Zeit aus der Zivilgesellschaft eine Fülle von Problemanzeigen gekommen ist. Denken Sie an Stuttgart 21 oder hier in Berlin an den Kampf gegen den Fluglärm. Die Occupy-Bewegung wächst und wächst selbst in Deutschland. Was fehlt, ist angesichts der mehr oder minder spontanen Aktionen eine Umsetzung in Kampagnen, die die Politik herausfordern. Referenden sind eine der Möglichkeiten. Aber auch die AWO könnte sich mehr Gedanken darüber machen, wie man die Impulse aus der Zivilgesellschaft verstärken kann, damit sie inhaltlich und politisch mehr Gewicht bekommen.

Die AWO ist ja auch ein zivilgesellschaftlicher Akteur. Wo würden Sie ihre Aufgabe dabei sehen?

LIMBACH Zum einen muss sie handlungsbereiten Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit für eine sinnvolle ehrenamtliche Tätigkeit geben. Zum anderen muss sie sich auch politischer Themen annehmen und Diskussionsforen eröffnen. So könnte man aktuell etwa den Mindestlohn diskutieren oder hinterfragen, ob das Betreuungsgeld eine sinnvolle staatliche Leistung ist. Aufgabe der AWO sollte es sein, Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen und diesen eine Gestalt, ein Forum zu geben versuchen.

Abschließende Frage: Ist Ihnen bang um die Zukunft der AWO?

LIMBACH Nein! Die AWO muss sich – ähnlich wie andere Institutionen unserer Gesellschaft – immer wieder neuen Herausforderungen stellen. Sie muss ihrer Grundidee treu bleiben, dass sie nicht nur wirtschaftliche Notstände zu beseitigen oder zu lindern hat. Sie ist auch mitverantwortlich für die in unserer Gesellschaft gepflegte politische Kultur. Marie Juchacz hat bei der Beschreibung der Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt beide Elemente gleichermaßen betont: Die AWO solle nicht nur soziale Notstände verhüten, sondern durch ihre Erziehungs- und Schulungsarbeit im staatsbürgerlichen, demokratischen Sinne wirken. Das bedeutet, dass die Organe der AWO auch politische Fantasie entwickeln und immer wieder neue

Felder finden müssen, wo sie kraft ihres Selbstverständnisses andere Möglichkeiten des Beistands haben als ein einfacher Bürger oder eine einfache Bürgerin. Mitunter drängt sich – von außen betrachtet – der Eindruck auf, als handele es sich um eine in die Jahre gekommene, eine »etwas verstaubte« Organisation. Das ist aber häufig eine Frage der Selbstdarstellung. Selbst von einer wohlthätigen Organisation wie der AWO wird heute professionelles Auftreten und Medientauglichkeit erwartet. Die AWO muss sich selbstbewusst ins rechte Licht setzen und auf ihre Leistungen stolz verweisen. Frei nach dem Motto, dass auch eine in der Wohlfahrt tätige Organisation ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen sollte. ♥

AWO ehrt Jutta Limbach

Im Beisein namhafter Gäste aus Politik und Gesellschaft verlieh die AWO am 8. November 2011 der ehemaligen Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Jutta Limbach den Heinrich-Albertz-Friedenspreis.

Autor Peter Kuleßa

HEINRICH-ALBERTZ-FRIEDENSPREIS

Mit dem Heinrich-Albertz-Friedenspreis ehrt die AWO seit 1999 Persönlichkeiten, die Solidarität und soziale Verantwortung in den Mittelpunkt ihres Lebens und Wirkens stellen und die sich um die Ausgestaltung der AWO-Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit und um den inneren und äußeren Frieden in besonderer Weise verdient gemacht haben.

Bisherige Preisträger

1999 Johannes Rau **2001** Paul Spiegel

2005 Gerhard Schröder **2008** Hans-Jochen Vogel

AWO Präsident Wilhelm Schmidt empfand »eine tiefe Ehre, dass wir Jutta Limbach als eine der großen Demokratinnen in diesem Lande ehren dürfen, die sich besonders durch ihre unermüdliche Bereitschaft, sich für das Gemeinwesen zu engagieren, auszeichnet«. Jutta Limbach setzte sich dabei stets und vor allem

in ihren früheren Positionen als Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und als Präsidentin des Goethe-Instituts für das Recht, für die demokratischen Grundwerte und für die Gleichberechtigung von Frauen ein.

In seiner Laudatio betonte der vorangegangene Preisträger Hans-Jochen Vogel unter anderem, dass Jutta Limbach »die mit ihren Positionen in der öffentlichen Verantwortung verbundenen Machtbefugnisse nicht zur Stärkung des eigenen Egos, sondern stets für die Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Mitmenschen nutzte.«

Die Preisträgerin war sichtlich gerührt und erinnerte daran, dass der Namensgeber des Preises »unter Politik die Aufgabe verstand, die Mühsal der menschlichen Existenz zu erleichtern«. Deshalb könne die Arbeiterwohlfahrt zu Recht stolz sein, dass Heinrich Albertz von 1949 bis 1965 auch ihr Bundesvorsitzender war. ♥



Oben: AWO Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler, Bundesministerin a.D. Ulla Schmidt, Bundesminister a.D. Hans-Jochen Vogel (hinten), Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts i.R. Jutta Limbach, Bundesminister a.D. Franz Müntefering, Bundesverfassungsrichter i.R. Bertold Sommer, AWO Präsident Wilhelm Schmidt (v.l.n.r.).

Mitte: Wolfgang Stadler (l.), Hans-Jochen Vogel (z.v.l.) und Wilhelm Schmidt (r.) gratulieren Jutta Limbach.

Unten: Jutta Limbach dankt Hans-Jochen Vogel für seine Laudatio.

**Angelika Schwarz**

ist Vorsitzende des Unternehmensbetriebsrats im AWO Bezirksverband Braunschweig e.V.

Glaubwürdigkeit gewinnen

Angelika Schwarz ist die AWO in über 30 Jahren ans Herz gewachsen. Seit 2006 tritt sie als Vorsitzende des Unternehmensbetriebsrats im AWO Bezirksverband Braunschweig für Arbeit ein, die den AWO-Werten nicht zuwiderläuft.

Autor Peter Kuleša

»Grundsätzlich ist die AWO eine gute Arbeitgeberin und Anbieterin von Dienstleistungen, aber die Glaubwürdigkeit ist ein wenig ins Wanken geraten«, so die Braunschweiger Vorsitzende des Unternehmensbetriebsrats Angelika Schwarz. Warum? »Unsere wichtigen Grundwerte dürfen eben nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssen in den Einrichtungen auch für die und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelebt werden.«

Keine Führung

Klar ist: Zufriedenheit und Engagement steht und fällt mit den Arbeitsbedingungen und den Führungsqualitäten der Einrichtungsleitungen. Oft bleibt angesichts der ökonomischen Rahmenbedingungen kaum Zeit für etwas, was jenseits der Alltagsarbeit geleistet werden könnte. Die AWO muss als Arbeitgeberin aber »Möglichkeiten der Fortbildung

und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf konsequent umsetzen«, fordert die gelernte Erzieherin. »Dies sollte von allen Beteiligten, insbesondere aber den Vorgesetzten, gewollt sein.«

Leitung, Führung und Kommunikation seien unabdingbar für eine mitarbeiterfreundliche Unternehmensstruktur. Führungskompetenzen müssten gezielt gefördert werden; »es braucht mehr Schulungen in Kommunikation, Mitarbeiterführung und Konfliktlösung für Führungskräfte«, betont Schwarz. So ließe sich viel eher ein Arbeitsumfeld und -klima schaffen, in dem sich alle Beteiligten wohlfühlen und gerne arbeiten. Denn: Potenzielle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden sich inzwischen nicht mehr bei der AWO bewerben, weil es die AWO ist, sondern weil die AWO für sie halt einen Job anbietet. »Das war früher anders«, so Angelika

Schwarz. Es mag verschiedene Gründe dafür geben, es zeige aber auch, wie verwechselbar die AWO als Arbeitgeberin offenbar geworden sei.

Gute Arbeit

Ein Wohlfahrtsverband wie die AWO ist dann ein attraktiver Arbeitgeber, wenn er verlässliche und verbindliche Strukturen anbietet, wenn er sichere Arbeitsverhältnisse mit Perspektive, Vollzeitstellen, Möglichkeiten der Fortbildung und angemessene Entlohnung bereithält. Denn klar ist: Im Umgang mit der eigenen Mitarbeiterschaft spiegelt sich ein Stück weit auch der Umgang mit der Klientel in den Einrichtungen wider. Aktuell wird im Verband überlegt, wie ein Tarifvertrag »Soziales« eingeführt werden könnte. Ein solches Unterfangen »wäre eine gute Sache« (Schwarz) und hätte – im Verbund mit anderen Wohlfahrtsverbänden – den unwiderstehlichen Charme, die konkurrenzbedingten Einsparungen in den Personalkosten einzudämmen.

Angelika Schwarz liegt die Zukunft der AWO am Herzen. Umso wichtiger ist es, »dass wir auch nach innen leben können, was wir nach außen vertreten«, bringt sie es auf den Punkt. ♥

Wir bestimmen – vor unserem geschichtlichen Hintergrund – unser Handeln durch die Werte des freiheitlich-demokratischen Sozialismus: Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

3 Fragen ... an Claus Gotha

1 Wertegebundenheit von Dienstleistungen und Einrichtungen ist für die AWO von großer Bedeutung. Worin aber liegen die Schwierigkeiten in der alltäglichen Arbeit?

GOTHA Der Spagat zwischen der Wertegebundenheit einerseits und der Marktfähigkeit andererseits ist nur je nach den unterschiedlichen regionalen Rahmenbedingungen leistbar. Was machen wir etwa, wenn die örtliche Vereinbarkeit von unseren AWO-Werten mit den Marktbedingungen in Teilen so schwierig wird, dass wir die Balance kaum mehr halten können?

Die AWO ist ein Werteverband mit anwaltlicher Funktion für die Menschen, die dringend Hilfe zur Selbsthilfe benötigen. Zugleich sind wir aber auch Marktteilnehmer. Nehmen Sie das Beispiel zeitweisen, aber notwendigen Einsatzes von Zeitarbeit. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist angesichts unserer eigenen Werthaltung nicht infrage zu stellen. Dennoch ist dies aufgrund je spezifischer Marktbedingungen und Konkurrenzsituationen vor Ort oftmals nicht einzulösen. Angesichts dessen bleibt generell zu fragen, ob sich die AWO aus dem Markt zurückzieht, wenn die Auskömmlichkeit unter der Bedingung der Wertegebundenheit nicht mehr gewährleistet werden kann.

2 Kann Wertegebundenheit in der praktischen Arbeit demnach kaum oder gar nicht »gelebt« werden?

GOTHA Sie kann und wird auch gelebt, weil sich unsere Grundwerte in der Praxis nicht nur auf eine Entgeltfrage reduzieren lassen. Ebenso relevant sind etwa die Arbeitsbedingungen mit dem Fokus der Beteiligung und Teilhabe von Mitarbeitern, die von interkultureller Toleranz geprägte Einstellungspraxis, der bewusste Verzicht von »Creaming« in der Auswahl der Zielgruppen und Dienstleistungsfelder sowie die Beförderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unseren Einrichtungen. Das Problem: Diese Aspekte sind im Vergleich mit monetären Themen medientechnisch langweilig und einer breiten Öffentlichkeit oftmals schwerer vermittelbar.

3 Was muss sich ändern? Sehen Sie überhaupt Handlungsmöglichkeiten?

GOTHA Ich denke, es ist in der AWO selbst – insbesondere zwischen dem Haupt- und Ehrenamt – mehr Ehrlichkeit im Umgang mit diesem Thema vonnöten. Die Marktbedingungen werden zukünftig nicht besser und gleichzeitig steigt angesichts der Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft die Notwendigkeit, sich noch stärker als bisher auf unsere Grundwerte zu besinnen.

Es wäre grundsätzlich zu prüfen, ob man den Verband in Hinblick auf seine Überlebensfähigkeit und Funktionalität nicht grundsätzlich vom Unternehmen trennt. Das Gleichgewicht zwischen anwaltlicher Funktion und wertegebundenem Dienstleister wäre perspektivisch meines Erachtens so besser herzustellen. Der Unternehmensteil muss seine Konkurrenzfähigkeit sicherstellen. Kann er dies nicht, ohne dabei die AWO-Grundwerte infrage zu stellen, muss eine klare Entscheidung getroffen werden und sich gegebenenfalls auch aus dem Markt verabschiedet werden. Diese Entscheidung müssen jeweils Ehren- und Hauptamt in Anbetracht der regionalen und örtlichen Verhältnisse gemeinsam treffen.

Wenn es nicht gelingt, die berechtigten Anliegen des wertegebundenen Verbands mit den Wettbewerbsbedingungen der Unternehmen in einer für alle Seiten akzeptablen Weise in Einklang zu bringen, wird es nicht möglich sein, die eigentliche Stärke des Verbandes, das Zusammenwirken von Ehren- und Hauptamt zum Wohle und im Interesse der Klientel, auch in Zukunft aufrechtzuerhalten. ☹



Claus Gotha

ist Geschäftsführer des
AWO Landesverbandes
Hamburg e.V.

Solidarität erhalten

Autor Axel Honneth

Der Zusammenhalt einer Gesellschaft lebt von der Fähigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger, den grundlegenden Regelungen des sozialen Verkehrs zustimmen zu können; einige Autoren der politischen Philosophie haben dies den »impliziten« Gesellschaftsvertrag genannt, um damit zu betonen, dass die normative Stabilität eines Gemeinwesens von der stillschweigenden Übereinkunft aller ihrer Mitglieder über die Legitimität und Wünschbarkeit der gegebenen Sozialverhältnisse abhängig ist. Nun ist aber diese Zustimmungsfähigkeit ihrerseits abhängig von den Erwartungen, die die Mitglieder von sich aus an die gesellschaftliche Ordnung herantragen; solche Erwartungshaltungen sind im historischen Prozess stets angewachsen, weil dank sozialer Kämpfe immer anspruchsvollere Normen und Werte sozial institutionalisiert wurden, die wie Versprechungen einer wohlgeordneten Gesellschaft wirken: Während etwa in feudalen Zeiten persönliche Abhängigkeiten in der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation noch wie selbstverständlich hingenommen wurden und damit einen Bestandteil des impliziten Gesellschaftsvertrags bildeten, hat sich das mit den großen, moralischen Durchbrüchen zur Moderne insofern geändert, als nun jedes Gesellschaftsmitglied zumindest ideell als frei gedacht werden musste.

Heute kann für unsere Gesellschaften im kapitalistischen Westen ganz allgemein gelten, dass sich die normative Idee der individuellen Freiheit in allen zentralen Sozialsphären weit genug durchgesetzt hat, um die allgemeine Voraussetzung für die Zustimmungsfähigkeit zur gesellschaftlichen Ordnung zu bilden; der implizite Gesellschaftsvertrag, an dessen Erfüllung die Solidarität der Gesellschaftsmitglieder untereinander gebunden ist, bemisst sich daran, ob das Versprechen der individuellen Freiheit in den Bereichen des privaten Lebens, der Arbeitsorganisation und der politischen Willensbil-

dung eingelöst ist. Natürlich sind es immer andere Gestalten der Freiheit, die in den jeweiligen Sphären institutionell versprochen werden – in der Liebe oder in der Familie etwa die Ungezwungenheit in der wechselseitigen Bedürfnisbefriedigung, in der Arbeitsorganisation die Freiheit im wechselseitigen Austausch von Leistungen, in der politischen Sphäre die ungezwungene Teilnahme an der politisch folgenreichen Willensbildung; aber als allgemein gesichert dürfte doch gelten, dass mit einer individuellen Zustimmung zur gesellschaftlichen Ordnung und damit einem solidarischen Zusammenhang aller Mitglieder untereinander heute umso eher zu rechnen ist, je stärker jene Freiheitsversprechungen für den Einzelnen dank gesellschaftlich-politischer Regelungen erfüllt sind. Davon sind wir aber gegenwärtig sehr weit entfernt: Weder im wirtschaftlichen Marktverkehr noch im Bereich der politischen Willensbildung kann ein großer Teil der Bevölkerung auch nur darauf hoffen, ihre je individuellen Freiheiten zu verwirklichen oder auch nur in den eigenen Belangen Gehör zu finden.

Wer heute von der Notwendigkeit gesellschaftlicher Solidarität spricht, sollte sich daher zunächst klar machen, dass dazu die Einrichtung gesellschaftlicher Verhältnisse erforderlich wäre, denen jeder Einzelne ohne Zwang und Angst zuzustimmen vermag: Die normative Einhegung des kapitalistischen Marktes und die Revitalisierung demokratischer Einflussnahme wäre das Mindeste, was gegeben sein müsste, um legitim die Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger erwarten zu können. ♥



Axel Honneth ist Professor für Philosophie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/M. und geschäftsführender Direktor des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt/M.

IM NÄCHSTEN HEFT

Die Uhr tickt.

Familien leisten viel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Oft fehlt ihnen Handlungssouveränität und Zeit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss dringend verbessert werden. Wie das gehen kann, davon berichtet unter anderem das nächste Heft.

